

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 07.10.2010**

öffentlich

Ort: Stadtmuseum
Christian Wolff Haus
Große Märkerstraße 10
Sitzungsraum
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider
Frau Heike Wießner
Frau Ute Haupt
Herr René Trömel
Frau Hanna Haupt
Herr Klaus Hopfgarten
Frau Anja Pohl
Frau Carmen Wiebach
Frau Katja Raab
Frau Dr. Inés Brock
Herr EKHK Ralf Berger
Herr Leonhard Dölle
Frau Sabine Franz
Frau Beate Gellert
Herr Uwe Kramer
Frau Renate Leonhard
Herr Philipp Pieloth
Frau Peggy Rarrasch
Herr Ernst-Christoph Römer
Frau Helga Schubert
Frau Katharina Brederlow
Herr Jan Zwakhoven

Teilnahme ab 16:15 Uhr

Vertretung von Herrn Bognitz

Vertretung von Frau Kaupke

Entschuldigt fehlen:

Frau Ilona Hackel
Frau Sabine Wolff
Herr Torsten Bognitz
Herr Richter Bruno Glomski
Frau Antje Klotsch
Herr Max Privorozki
Herr Uwe Steudel
Herr Tobias Kogge
Frau Petra Schneutzer
Frau Susanne Wildner
Frau Uta Kaupke

entschuldigt

Vertreten durch Herrn Römer

auch keine Vertretung

Vertreten durch Frau Messerschmidt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Vertreten durch Herrn Zwakhoven

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 02. September 2010
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Vorstellung des Konzeptes der Familienbildung
Berichterstattung: Herr Reinhard Grohmann , Leiter faz-halle - CVJM Familienzentrum
- 6. Bericht zum Übergangsmanagement Hort-Grundschule und Sprachstandsfeststellung in der KITA
- 7. Bericht des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale)
- 8. Beschlussvorlagen
- 8.1. Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen im Zeitraum der Schuljahre 2010/11 bis 2013/14
Vorlage: V/2010/08664
- 8.2. Fortschreibung der Jugendhilfeplanung: Teilplanung §§ 11,13,14,16 SGB VIII
Vorlage: V/2010/09038
- 8.2.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage Fortschreibung der Jugendhilfeplanung: Teilplanung §§ 11, 13, 14, 16 SGB VIII (Vorlagen-Nummer: V/2010/09038) - hier: Änderung der Anlage
Vorlage: V/2010/09196
- 8.2.2 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage Fortschreibung der Jugendhilfeplanung: Teilplanung §§ 11, 13, 14, 16 SGB VIII (Vorlagen-Nummer: V/2010/09038) - hier: Änderung der Begründung
Vorlage: V/2010/09197
- 8.3. Geschäftsordnung der Sozialraumplanungsgruppen
Vorlage: V/2010/09144
Von der Verwaltung zurückgestellt
- 8.4. Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: V/2010/09122
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung einer Spielfläche im Glaucha-Viertel
Vorlage: V/2010/09072

- 9.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung von Eckpunkten als Grundlage für eine Neufassung der Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09076
- 9.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09091
- 9.4. Antrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Berücksichtigung des Bundesförderprogramm "Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung" in Halle
Vorlage: V/2010/09200
10. schriftliche Anfragen von Stadträten
11. Themenspeicher
12. Mitteilungen
13. Beantwortung von mündlichen Anfragen
14. Anregungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Zur Kinder- und Jugendsprechstunde gab es keine Wortmeldungen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Zum TOP 8.2. gibt es zwei Änderungsanträge von Frau Dr. Brock. Diese werden als TOP 8.2.1. und 8.2.2. auf die Tagesordnung genommen. TOP 8.3. wurde von der Verwaltung zurückgestellt. Als Dringlichkeitsvorlage wurde die Nachtragsatzung unter TOP 8.4. auf die Tagesordnung genommen.

Die Tagesordnung wurde mit diesen Änderungen bestätigt.

Frau Schubert fragt an, ob in einer der nächsten Sitzungen über die Situation der Suchtberatung / Suchtberatungsstellen in Halle berichtet werden kann.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 02. September 2010

Die Niederschrift vom 02. September 2010 wurde bestätigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung am 02. September 2010 wurde die befristete Anerkennung des Vereins Shorei-Do Kempo e. V. als Träger der Freien Jugendhilfe beschlossen.

zu 5 Vorstellung des Konzeptes der Familienbildung Berichterstattung: Herr Reinhard Grohmann , Leiter faz-halle - CVJM Familienzentrum

Herr Grohmann vom faz – CVJM Familienzentrum stellt die Angebote der Familienbildung in der Stadt Halle vor. Weitere Vertreter der Familienbildungsstätten (FBS) in der Stadt Halle stehen zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Herr Dölle fragt zur Zusammenarbeit mit den Erziehungsberatungsstellen. Was geschähe ohne Familienbildungsstätten? Wie sieht die spezifische Arbeit der Familienbildungsstätten aus?

Eine **Vertreterin des IRIS-Regenbogenzentrum** berichtet von der engen Zusammenarbeit mit der Erziehungsberatungsstelle im selben Haus. Zusammenarbeit findet im Sinne der Klienten unter anderem auch mit Sucht- und Schuldnerberatung statt.

Zur zweiten Frage von Herrn Dölle gibt es Untersuchungen in den USA über den Zeitraum von 40 Jahren in denen sich zeigt, dass unbegleitete Familien aus demselben Milieu sich deutlich problematischer verhalten (am Arbeitsmarkt, hinsichtlich Kriminalität. etc.).

Das spezifische Angebot der einzelnen FBS in der Stadt Halle kann dem verteilten Übersichtsblatt entnommen werden.

Frau Gellert fragt zur Zusammenarbeit der Familienbildungsstätten mit Kitas, zum Migrationshintergrund in den betreuten Familien und zur multikulturellen Kompetenz der Mitarbeiter.

Vertreter der FBS antworten, dass die Arbeit in Kindertageseinrichtungen einer der zentralen Arbeitsansätze der FBS ist, da sie dort Eltern erreichen die nicht von allein in eine FBS kommen würden. Für Migranten gibt es keine speziellen Angebote, die Angebote stehen allen frei. Die multikulturelle Kompetenz könnte noch ausgebaut werden, hier werden vorrangig Angebote des Friedenskreises genutzt.

Frau Wiesner fragt: Welche Eltern kommen? Welche Erfahrungen gibt es mit aufsuchender Familientherapie? Wie wird mit Eltern umgegangen die sich verweigern?

Vertreter der FBS antworten, dass die Eltern die sonst nicht in die FBS kommen (HzE-Klientel) in den Kitas erreicht werden. Dort wird dann in kleinen Gruppen gearbeitet. Andere niedrigschwellige Angebote, über die Eltern auch erreicht werden, sind zum Bsp. die Kleiderkammer. Eine aufsuchende Familientherapie findet nicht statt. Familienbildung ist kein therapeutisches Angebot. Das Angebot der FBS ist präventiver Art und wird von den Eltern aus eigenem Antrieb auf freiwilliger Basis wahrgenommen. Darüberhinaus gibt es auch eine Gehstruktur der FBS zur Unterstützung von Familien mit behinderten Kindern oder auch psychisch kranken Eltern.

zu 6 Bericht zum Übergangmanagement Hort-Grundschule und Sprachstandsfeststellung in der KITA

Frau Lukas, Fachkoordinatorin für frühkindliche Bildung, präsentiert die Ergebnisse der Umfrage in den Horten zur Zusammenarbeit mit den Grundschulen.

Frau Dr. Brock fragt, ob es einen Datenabgleich zur selben Umfrage an den Grundschulen gegeben hat.

Frau Lukas bestätigt das. Die harten Daten stimmen hier weitestgehend überein. Die Differenzen gibt es in der Wahrnehmung der Qualität der Zusammenarbeit.

Die Auswertung wird als Anlage zum Protokoll gegeben.

Herr Dölle fragt, welche Empfehlungen es gibt, dass es besser läuft.

Frau Lukas sagt, von den Erziehern wurde sich öfter gewünscht, dass Lehrer die Anweisung zur Zusammenarbeit erhalten. Ziel ist es den gemeinsamen Nenner zwischen den Horten und Grundschulen zu finden und dort mit der Arbeit anzusetzen. Um ein positives Bsp. zu nennen gibt es ein Tandemprojekt, bei dem 12 Tandempaare bestehend aus einer Erzieher/in und Lehrer/in gemeinsam an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen.

Einem **Gast** wird vom Ausschuss das Rederecht erteilt. Dieser ist Horterzieher und bestätigt aus seiner Sicht, dass elementare Bildung nur in Zusammenarbeit mit der Schule Sinn macht, Lehrer jedoch oft sagen dass sie dafür keine Stundenanteile haben.

Frau Gellert gibt den Hinweis an die Politik, dass das jeweilige Bildungsprogramm des einen auch immer im Lehrplan des anderen sich wiederfinden sollte, um voneinander zu lernen.

Frau Lukas berichtet zur Sprachstandsfeststellung und präsentiert die Erfahrungen aus dem 1. Jahr.

Herr Schachtschneider fragt: Was passiert mit den Kindern die einen Förderbedarf haben aber keine Kita besuchen? Wie viele Kinder besuchen derzeit keine Kita?

Frau Lukas antwortet, dass die Eltern von Kindern mit Förderbedarf die Empfehlung erhalten, dass die Kinder eine Kita besuchen. Zur Sprachförderung wird sonst eine Kita zugewiesen. Derzeit gibt es etwa 70 Kinder die keine Kita besuchen.

Frau Pohle fragt wie die Erzieher das bewältigen sollen?

Frau Lukas antwortet, dass die Erzieher zu diesem Verfahren der Sprachstandsfeststellung und zur Sprachförderung speziell geschult wurden. Die zeitliche Umsetzung soll durch bezahlte Mehrstunden erfolgen. Problematisch ist, dass die Erzieher einen Förderbedarf entdecken, der sich in der Bewertungsmatrix nicht widerspiegelt.

Frau Gellert merkt an, dass Aufwand und Nutzen hier nicht im Verhältnis stehen. eine Anpassung der Bewertungsmatrix ist notwendig, damit auch den Eltern deutlich gemacht werden kann, dass ihr Kind einer Förderung bedarf.

Frau Lukas teilt mit, dass die Bewertungsmatrix im nächsten Jahr noch dieselbe bleiben wird. Die politische Ebene hat den Hinweis zur Matrix aus der Fachebene erhalten, Entwicklungen bleiben abzuwarten.

Frau Wiesner weißt darauf hin, dass es gerade in kleinen Einrichtungen Probleme gibt das Verfahren umzusetzen, da diese dann Probleme mit dem Betreuungsschlüssel bekommen.

Herr Römer stellt fest, dass die Bewertungsmatrix unzureichend ist, wenn Kinder mit Förderbedarf durch die Matrix fallen.

Frau Dr. Brock stellt die geringe Zahl an festgestellten Förderbedarfen als positiv fest, in den Kitas werde gute Arbeit geleistet.

Frau Brederlow merkt an, das es dazu eine andere Wahrnehmung gibt und fragt bei Frau Lukas den Evaluationszeitpunkt des Verfahrens an. Die Evaluation soll nach 2 Jahren erfolgen. Sinnvoll wäre es einen Vergleich innerhalb Sachsen-Anhalts vorzunehmen.

Herr Schachtschneider meldet sich zur Feststellung von Frau Dr. Brock zu Wort und stellt seinerseits fest, dass es keinen Grund gibt stolz zu sein, wenn die Meßlatte in der Matrix zu niedrig angesetzt ist.

Frau Brederlow merkt abschließend an, dass das Verfahren sich schließlich noch in den Anfängen befindet, die Entwicklung insgesamt zu sehen ist und der Nachsteuerungsbedarf erkannt ist.

zu 7 Bericht des Kinder- und Jugendrates der Stadt Halle (Saale)

Philipp Pieloth berichtet Aktuelles aus dem Kinder- und Jugendrat (KJR):

- Es gab einen Vorstandswechsel und Mitglieder sind aufgrund Studienbeginns aus dem KJR ausgeschieden. Dafür gibt es jedoch Neuzugänge in der Altersgruppe der 13/14-jährigen.
- Von den Spielplatztestern wurden 35 Spielplätze vor Ort getestet, 15 Spielplatzbewertungen hat der KJR aus Kitas erhalten. Zum Ergebnis soll im nächsten Jugendhilfeausschuss berichtet werden.
- In 4 Sozialräumen fanden Ideenkonferenzen statt. Die Konferenz in Halle-Neustadt findet noch statt.
- Die youthbank hat sich an der Sehnsuchtskarawane, mit einer Veranstaltung zu den Themen Bildung, gewaltfreie Erziehung und gesunde Ernährung, beteiligt.
- Es gab eine Weiterbildung für youthbanker zu Präsentationstechniken.
- Festgestellt wurde, dass es für die youthbank zu wenige Anträge aus Halle gibt, dafür viele aus dem Umland.
- Der KJR hat den 10. Platz beim Jugendengagementwettbewerb belegt.

Frau Uta Haupt fragt zum Iddenwettbewerb im Süden nach.

Philipp Pieloth berichtet, dass es aufgrund fehlenden Interesses schwierig war Ideen zu bekommen.

Frau Brederlow ergänzt den Bericht. Am Freiwilligen Tag wurde zusammen mit dem KJR das Projekt Spielplatz auf der Grünfläche des Amtes für Kinder, Jugend und Familie in Angriff genommen. In einem ersten Schritt wurde der Sand in der großen Sandkiste gegen frischen Sand ausgetauscht.

zu 8 Beschlussvorlagen

zu 8.1 Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen im Zeitraum der Schuljahre 2010/11 bis 2013/14

Vorlage: V/2010/08664

Herr Zschocke stellt die Beschlussvorlage vor. Diese entspricht inhaltlich und in der Gliederung den Vorgaben des Kultusministeriums. Eine Besonderheit bei den Berufsschulen ist, dass sich die örtliche Zuständigkeit nicht nach dem Wohnsitz des Berufsschülers richtet, sondern nach dem Sitz des Ausbildungsbetriebes. In der Anlage befinden sich Schulträgervereinbarungen mit benachbarten Kreisen, diese dienen der Absicherung der Klassenbildung.

Frau Dr. Brock fragt nach, was mit den Lehrkräften bei der Zusammenlegung von Berufsschulen passiert.

Herr Zschocke antwortet, dass auch hier die Lehrer Beschäftigte des Landes sind.

Herr Berger weist auf Änderungsbedarf in der Vorlage (S. 18) hin. Die Polizeidirektion Halle gibt es nicht mehr, richtig ist vielmehr Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd. Auch das Landessozialgericht hat in Halle seinen Sitz. Auf Seite 25. bricht die Darstellung 1.1.5 mit dem Jahr 2008 ab. Auf Seite 25 wird als Zielstellung die Auflösung einer weiteren Berufsschule in 2015/16 angegeben. Gibt es da schon Vorstellungen welche betroffen sein könnte.

Herr Zschocke antwortet zur Darstellung 1.1.5, dass mit der Erarbeitung der Vorlage bereits im Herbst 2009 begonnen wurde, die Darstellung entspricht dem damaligen Stand. Zur Schließung einer weiteren Berufsschule ist festzustellen, dass es tatsächlich 1.500 Berufsschüler mehr gibt, als vom Land prognostiziert. Die Entwicklung bei den Berufsschulen wird sich daher langsamer vollziehen und ist auch im Zusammenhang mit den Vereinbarungen mit den Landkreisen zu sehen. Die Entwicklungen sind daher abzuwarten, es wird keine Aufgabe von sanierten Standorten geben.

Herr Schachtschneider berichtet, dass sich der Bildungsausschuss positiv zur Vorlage positioniert hat.

Philipp Pieloth fragt zu Beteiligung des Stadtschülerrates und zum Standort für das BVJ.

Laut **Herr Zschocke** wurde der Stadtschülerrat beteiligt und hat ein positives Votum abgegeben. Beim BVJ wird es eine Zusammenlegung von Standorten geben.

Die Beschlussvorlage wird abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt der Schulentwicklungsplanung für Berufsbildende Schulen in dem Zeitraum 2010/11 bis 2013/14 gemäß der vorgegebenen Gliederung zu.
2. Der Stadtrat nimmt die Vereinbarung der Schulträger im Südverbund Sachsen-Anhalts - die Landkreise Saalekreis, Mansfeld-Südharz und Burgenlandkreis mit der Stadt Halle (Saale) - zur Kenntnis.

3. Der Stadtrat beschließt die Konzentration der Angebote des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) und des Berufsgrundbildungsjahres der Berufsbildenden Schulen (BbS) I/II und V am Standort Halle-Neustadt (An der Schwimmhalle) beginnend ab dem Schuljahr 2011/12.
4. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen weiterer Fortschreibungen des Schulentwicklungsplanes für den Bereich der Berufsbildenden Schulen durch Standortkonzentrationen die Standorte
 - Kirchstraße zum Schuljahr 2011/12
 - Grasnelkenweg zum Schuljahr 2012/13
 - Rainstraße spätestens zum Schuljahr 2014/15frei zu lenken.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 8.2 Fortschreibung der Jugendhilfeplanung: Teilplanung §§ 11,13,14,16 SGB VIII

Vorlage: V/2010/09038

Frau Schöps stellt die Vorlage vor. Aufgrund der Diskussionen in den Gremien wurde die Vorlage bereits seitens der Verwaltung verändert. Im Unterausschuss Jugendhilfeplanung wurde sich dahingehend verständigt, dass die Anträge für 2011 noch nach bewährtem Muster gestellt werden.

Frau Uta Haupt sieht die Notwendigkeit zur Festlegung eines Datums, ab wann die neuen Bedingungen zu gelten haben.

Herr Schachtschneider findet die Sprachwahl „belastete Schulen“ in Zusammenhang mit Migranten negativ und möchte wissen, ob sozialpädagogisch betreutes Wohnen tatsächlich diesen Schwerpunkt hat.

Frau Brederlow antwortet, dass es hier einen großen Bedarf gibt, auch die Gefahr des Abgleitens in HzE besteht.

Herr Schachtschneider möchte den Bedarf an sozialpädagogisch begleitetem Wohnen nach § 13 SGB VIII zahlenmäßigen untersetzt haben.

Frau Dr. Brock möchte wissen, wie sich der Kommunikationsaustausch vom Unterausschuss in den Jugendhilfeausschuss gestaltet?

Frau Hanna Haupt antwortet, dass schließlich alle Fraktionen einen Vertreter im Unterausschuss haben.

Die Änderungsanträge von Frau Dr. Brock finden sich inhaltlich noch nicht in der Verwaltungsvorlage wieder und sollten daher mit in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung verwiesen werden.

Frau Gellert fragt, ob sozialpädagogisch begleitetes Wohnen auch an den Internaten stattfindet. In vergangenen Ausschusssitzungen wurde das bejaht.

Frau Brederlow sagt, dass es hierzu eine klare Antwort gibt und die lautet nein.

Frau Gellert fragt nach den Angeboten des Begegnungszentrums für Ausländer und Deutsche. Wo sind die Angebote für diesen Bereich?

Frau Brederlow antwortet, dass nicht in Angebote für Migranten unterschieden wird, diese sind einbegriffen.

Herr Dölle macht Änderungsvorschläge zur Anlage. „Schulsozialarbeit“ sollte ergänzt werden um „schulbezogene Jugendsozialarbeit“. Ebenso sollte „Ausbildungs-/Berufsfindung“ durch „Berufsfindung und Ausbildung“ ersetzt werden.

Die Verwaltung nimmt die Vorschläge auf.

Frau Dr. Brock gibt den Hinweis, dass auch Leistungserbringer außerhalb der Jugendhilfe beachtet und in Anspruch genommen werden sollen.

Frau Rarrasch fragt nach der Untersetzung des Fachkräfteprogramms (FKP) für 2011.

Frau Brederlow antwortet, dass das FKP Bestandteil der Gesamtfinanzierung für 2011 ist. Eine Abklärung muss dahingehend erfolgen welches Angebot prädestiniert für das FKP ist. Welcher Träger stellt bereits ein entsprechendes Leistungsangebot bzw. lässt in seinem Konzept bestimmte Entwicklungen erkennen.

Die Beschlussvorlage wird abgestimmt.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Unterausschuss Jugendhilfeplanung und die Verwaltung, den aktuellen Stand der Fortschreibung der Jugendhilfeplanung auf der Grundlage der vorliegenden Ziele mit entsprechenden Schwerpunkten, Indikatoren sowie Wirksamkeitsfaktoren zu untersetzen.
2. Im Frühjahr 2011 soll diesbezüglich dem Jugendhilfeausschuss ein erster Bericht vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 8.2.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage Fortschreibung der Jugendhilfeplanung: Teilplanung §§ 11, 13, 14, 16 SGB VIII (Vorlagen-Nummer: V/2010/09038) - hier: Änderung der Anlage Vorlage: V/2010/09196

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorliegende Grundsystematik für die Fortschreibung des Teilplanes der Jugendhilfe (§§ 11,13,14,16 SGB VIII) **unter Berücksichtigung folgender Modifizierungen in der Anlage (Prioritäten der fachlich-inhaltlichen Ziele und Aufgaben im Rahmen der Fortschreibung §§ 11 ff SGB VIII) der Beschlussvorlage:**
 - a) unter 1. „Förderung von sozial-benachteiligten bzw. individuell beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen hinsichtlich ihrer sozialen Integration, insbesondere i. V. m. allen Bildungsbereichen (Kita, Schule, Ausbildung, Beruf)“ wird beim zuerst genannten Angebot „* Angebote an der Schnittstelle Übergang Kita-Grundschule“,

- der Titel neu benannt und lautet nunmehr **Zugehende Angebote in der Kindertagesstätte*
 - bei den Teilzielen der Anstrich *Unterstützung und Verstärkung der Elternarbeit* hinzugefügt
- b) unter 3. „allgemeine Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien durch allgemein zugängliche Veranstaltungen i. S. der §§ 11, 16 SGB VIII“ wird ein weiteres Teilziel formuliert: **Stärkung junger Eltern (individuelle Förderung minderjähriger Schwangerer, Stärkung der Erziehungskompetenz junger Eltern, Vorbereitung und Begleitung des Übergangs zur Elternschaft, Verbesserung der Erziehungsfähigkeit in der frühen Kindheit)*

Abstimmungsergebnis:

Der Änderungsantrag wurde in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung verwiesen.

**zu 8.2.2 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage Fortschreibung der Jugendhilfeplanung: Teilplanung §§ 11, 13, 14, 16 SGB VIII (Vorlagen-Nummer: V/2010/09038) - hier: Änderung der Begründung
Vorlage: V/2010/09197**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:

2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorliegende Grundschematik für die Fortschreibung des Teilplanes der Jugendhilfe (§§ 11,13,14,16 SGB VIII) **unter Berücksichtigung folgender Modifizierungen in der Begründung der Beschlussvorlage:**
 - a) folgender Satz wird gestrichen: *2. Die offenen Angebote i.S. der §§ 11 und 16 SGB VIII wurden in der Gewichtung zurückgenommen.*
 - b) bei 1. „Förderung von sozial-benachteiligten bzw. individuell beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen hinsichtlich ihrer sozialen Integration, insbesondere i. V. m. allen Bildungsbereichen (Kita, Schule, Ausbildung, Beruf)“ wird der Titel des zuerst genannten Angebots „* Angebote an der Schnittstelle Übergang Kita-Grundschule“ neu benannt und lautet nunmehr „*Zugehende Angebote in der Kindertagesstätte“

Abstimmungsergebnis:

Der Änderungsantrag wurde in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung verwiesen.

**zu 8.3 Geschäftsordnung der Sozialraumplanungsgruppen
Vorlage: V/2010/09144**

Die Beschlussvorlage wurde von der Verwaltung zurückgestellt.

zu 8.4 Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept Vorlage: V/2010/09122

Herr Wätzel gibt eine kurze Information zur Vorlage Nachtragssatzung und Haushaltskonsolidierungskonzept (HKK). Das HKK ist zwingender Bestandteil des Beschlusses, da vom Landesverwaltungsamt gefordert.

Seitens des Dezernates I gibt es eine Konsolidierungsmaßnahme, die nicht mit versendet wurde, zur Einsparung von 10% der Fördermittel in 2011 und 25% ab 2012. Im Unterabschnitt 4750 würde das eine Reduzierung in 2011 um 247.500 € bedeuten. Die Kürzung wurde nicht nur für den kommunalen Anteil der Fördermittel, sondern über die Gesamtsumme gerechnet. In der Gesamtsumme sind jedoch Mittel des Landes für das Fachkräfteprogramm und die Jugendpauschale enthalten.

Frau Uta Haupt fragt nach von welcher Summe bei den Kürzungen auszugehen ist. Jugendhilfeleistungen sind schließlich nicht nur freiwillige Leistungen.

Herr Wätzel beantwortet die Frage dahingehend, dass die Kürzung auf der Basis von 2010 erfolgt, das hieße ab 2012 ständen 25% weniger Fördermittel als in 2010 zur Verfügung.

Frau Raab merkt an, dass diese pauschale Kürzung nicht von Schwerpunktsetzung in der Stadtverwaltung zeugt. Die Kürzung hätte bedeutende Auswirkung auf die Jugendhilfelandchaft. Es gäbe durchaus auch andere Möglichkeiten der Einsparung.

Herr Dölle fragt nach worüber nun abgestimmt wird, da diese Fördermittelkürzungen nicht Bestandteil der Konsolidierungsmaßnahme des Dezernates IV sind.

Frau Hanna Haupt regt eine getrennte Abstimmung über die Nachtragssatzung und das Haushaltskonsolidierungskonzept an. Diesem Vorschlag wird durch den Ausschuss nicht gefolgt. Die Vorlage wurde insgesamt abgestimmt.

Frau Brederlow informiert den Ausschuss, dass es in der Vorlage für den Finanzausschuss eine Veränderung geben wird. Und zwar werden dem HzE-Haushalt 2,8 Mio. € im Nachtrag zusätzlich zur Verfügung gestellt, die Deckung erfolgt aus dem Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen.

Die Beschlussvorlage wird abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Nachtragssatzung und den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 sowie das Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale).
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Finanzierung des erforderlichen Nachfinanzierungsbedarfs in Höhe von 668.300 EUR – die kommunalaufsichtliche Genehmigung vorausgesetzt - Darlehen im Rahmen des Konjunkturprogramms II bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu den angebotenen Konditionen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung einer Spielfläche im Glaucha-Viertel

Vorlage: V/2010/09072

Frau Dr. Brock stellt den Antrag kurz vor.

Frau Hanna Haupt fragt an, ob auch eine andere Fläche im Glaucha-Viertel möglich wäre.

Frau Dr. Brock bestätigt dies und ändert den Beschlussvorschlag dahingehend, dass die Worte „am Steg“ gestrichen werden.

Der so geänderte Antrag wurde abgestimmt.

geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt im Jahr 2011 im Glaucha-Viertel eine geeignete Spielfläche ~~am Steg~~ auszuweisen und zu überprüfen, wie diese Spielfläche mit geringem finanziellem Aufwand bedarfsgerecht für Kinder hergerichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 9.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung von Eckpunkten als Grundlage für eine Neufassung der Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2010/09076

Frau Dr. Brock stellt den Antrag vor.

Frau Brederlow teilt mit, dass die Verwaltung mit dem 1. Punkt des Antrages gut mitgehen kann, der 2. Punkt jedoch zu starr abgefasst ist und zu wenig Handlungsspielräume lässt.

Frau Raab befürchtet, das nun zweimal diskutiert wird. Ihr Wunsch wäre, gleich eine konkrete Vorlage zu besprechen.

Hanna Haupt macht den Vorschlag, in Pkt 1. den Monat September durch den Dezember zu ersetzen und Pkt. 2 zu streichen.

Frau Dr. Brock ändert den Antrag dahingehend ab, dass in Pkt. 1 der „September“ durch den „Dezember“ ersetzt wird und bittet für den Pkt. 2 um separate Abstimmung der einzelnen Punkte.

Der Antrag wird in Pkt 1. in der geänderten Form und ansonsten separat abgestimmt.

geänderter Beschlussvorschlag:

- 1) Im Hinblick auf die Erarbeitung einer neuen Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) wird die

Verwaltung beauftragt bis zur Stadtratssitzung im ~~September~~ Dezember, den Fraktionen ein Eckpunktepapier, welches die zentralen geplanten Satzungsänderungen darstellt, zur weiteren Abstimmung vorzulegen.

- 2) Das Eckpunktepapier sollte u.a. folgende Kriterien berücksichtigen:
- In der neuen Gebührensatzung wird eine **Geschwisterermäßigung** verankert.
 - Die monatliche **Benutzungsgebühr** in den jeweiligen Betreuungsarten für das erste Kind soll sich maßgeblich **an der aktuellen Gebührensatzung orientieren**.
 - Es werden in der Satzung **keine festen Kostendeckungsgrade** als Grundlage für die Festlegung der Gebühren benannt.

Abstimmungsergebnis:

zum Beschlusspunkt 1)

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 11

Nein: 1

Enthaltung: 1

zum Beschlusspunkt 2)

- In der neuen Gebührensatzung wird eine Geschwisterermäßigung verankert.

einstimmig zugestimmt

Ja: 9

Nein: 0

Enthaltung: 4

- Die monatliche Benutzungsgebühr in den jeweiligen Betreuungsarten für das erste Kind soll sich maßgeblich an der aktuellen Gebührensatzung orientieren.

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 6

Nein: 1

Enthaltung: 6

- Es werden in der Satzung keine festen Kostendeckungsgrade als Grundlage für die Festlegung der Gebühren benannt.

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 6

Nein: 4

Enthaltung: 3

zu 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt"

Vorlage: V/2010/09091

Frau Uta Haupt stellt den Antrag vor.

Frau Brederlow teilt mit, dass die größte Problematik in der Finanzierung liegt. Hier gibt es aber eine gute Nachricht, es gibt ein Folgeprogramm mit folgender Förderung:

2011 – 40.000 €
2012 – 30.000 €
2013 – 20.000 €

Notwendig ist eine Koordinierungsstelle in der Verwaltung als kommunale Kofinanzierung.

Herr Dölle fragt nach, ob der Antrag aufrecht erhalten wird. Er hat den Vorschlag den Ansprechpartner für „Extremismusprävention“ statt „Rechtsextremismusprävention“ zu benennen.

Frau Uta Haupt stellt den Antrag zurück. Dieser sollte dann im Jugendhilfeausschuss November noch mal beraten werden.

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgestellt.

**zu 9.4 Antrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Berücksichtigung des Bundesförderprogramm "Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung" in Halle
Vorlage: V/2010/09200**

Frau Dr. Brock stellt den Antrag vor.

Frau Brederlow teilt mit, dass das Förderprogramm des Bundes zur Betrieblich unterstützten Kinderbetreuung seit ca. 1 Jahr bekannt ist und die Unternehmen in der Stadt Halle zum damaligen Zeitpunkt bereits angeschrieben und informiert wurden. Das Problem stellt sich folgendermaßen dar: Die Uni sagt, das Studentenwerk reicht uns. Die Unternehmen sichern sich Plätze in vorhandenen Kitas mit entsprechenden Vereinbarungen. Die Verwaltung nimmt jedoch die Anregung auf, im Rahmen des Wettbewerbs „Stadt der Wissenschaft“, die Forschungseinrichtungen über das Bundesprogramm gezielt zu informieren.

Frau Raab teilt mit, dass das Förderprogramm an der Wirklichkeit in Sachsen-Anhalt vorbeigeht. Auf Grund der öffentlichen Finanzierung von Kitas besteht für Unternehmen kein Anreiz selbst Einrichtungen zu schaffen.

Frau Dr. Brock ändert den Antrag dahingehend, dass die „Universität“ aus dem Beschlussvorschlag gestrichen wird.

Der geänderte Antrag wird abgestimmt.

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ~~die Universität und die weiteren~~ Forschungseinrichtungen in der Stadt Halle über die Möglichkeiten des Bundesförderprogramms „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ zu informieren und für eine Beteiligung an dem Programm zu gewinnen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 10 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine vor.

zu 11 Themenspeicher

Frau Brederlow stellt den Inhalt des Themenspeichers kurz vor. Es gibt noch folgende Veränderungen:

- Die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für Förderschulen wird auf den Dezember verschoben.
- Die Vorstellung zum Cochemer Modell wird ins nächste Jahr verschoben.
- Die Befristete Anerkennung des KSC 80 e.V. wird ins nächste Jahr verschoben.

zu 12 Mitteilungen

Frau Hanna Haupt weist auf die Ausliegende Einladung zur Podiumsdiskussion „Bildung gegen Armut“ hin. Diese findet am 13. Okt. statt.

Frau Brederlow teilt mit, dass am 23. Nov. die Gründungsveranstaltung für das Netzwerk Kinderschutz stattfindet. Die Einladungen an die Träger werden noch verschickt.

Frau Brederlow teilt noch eine Änderung zum Themenspeicher mit. In der Novembersitzung wird eine Änderung der Satzung des Jugendamtes als Beschlussvorlage vorgelegt. Hier geht es um die Ergänzung der beratenden Mitglieder im Jugendhilfeausschuss um Vertreter des Kinder- und Jugendrates, des Stadtelternbeirates und der ARGE.

Frau Gellert macht auf das Projekt „ Stadtteilmütter & Stadtteinväter“ aufmerksam. Dazu liegen Flyer aus.

Frau Gellert ist mit der Beantwortung ihrer Anfrage zum Brandschutz und zu den sanierungsbedürftigen Kindertageseinrichtungen nicht zufrieden und wünscht dazu einen Termin der Kita-Vertreter mit der Verwaltung.

zu 13 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Dr. Brock wünscht einen Bericht zur Umsetzung des Programms STÄRKEN vor Ort.

Frau Brederlow sagt zu, dass dieser in der nächsten Ausschusssitzung gegeben werden kann.

Frau Pohl möchte folgende Auskünfte von der Verwaltung:

1. Wie lange dauert die Bearbeitung von Sanierungsanträgen der Kitas in der Verwaltung?
2. Wieviele Anträge lagen im Jahr 2010 bis zum 30.09. vor? Wie ist der Bearbeitungsstand?
3. Wie wird der Rechtsanspruch auf Betreuung gewährleistet wenn Eltern die Auskunft erhalten das Plätze erst wieder ab 2012 belegt werden können?

Diese werden schriftlich beantwortet.

zu 14 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 19:15 Uhr beendet.

gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Jan Zwakhoven

Protokollführer